

Bürgerversammlung - Illerberger klagen über mangelnde Transparenz

Vöhringer Rathauschef Karl Janson weist Vorwürfe zurück Von Ursula Katharina Balken



Das Gewerbegebiet nördlich der alten Ziegelei hat sich positiv entwickelt. Es ist ausgebucht. Selbst das letzte Grundstück im Süden ist bereits vergeben.

Foto: Ursula Katharina Balken

Illerberg Wenn es auch den Anschein hat, in Illerberg und Thal sei die Welt noch weitestgehend in Ordnung, so gab es doch einige kritische Anmerkungen.

Bei der Bürgerversammlung im Gasthaus Zum Hobel zeigte Helmut Hüller wenig Verständnis dafür, dass am Panoramaweg ein „Mordsbunker“ entsteht. Der Bauausschuss, der das Vorhaben gebilligt hatte, hätte dem Bau nicht zustimmen dürfen. Peter Schmid aus dem Bauamt sagte dazu, in dieser Lage am Ende der Straße sei der Bau durchaus vertretbar gewesen.

Mehr Transparenz vonseiten der Verwaltung forderte Stefan Heiß. Die Bürger seien nicht darüber informiert, dass östlich der Autobahn laut Flächennutzungsplan eine Klärschlamm-Trockenanlage entstehen soll und dass die westlich der A7 gelegene Biogasanlage um 50 Prozent erweitert werde.

„Das stimmt nicht“, hielt Bürgermeister Karl Janson dagegen. Es sei richtig, dass im bestehenden Flächennutzungsplan eine Fläche für Klärschlamm-trocknung seit mehreren Jahren besteht, aber die angedachte Möglichkeit wird nicht in die Tat umgesetzt. „es bleibt beim Status quo.“ Heiß jedoch meinte, „solche Planungen muss man doch nach draußen tragen.“ Zwischenruf vom Betreiber der Biogasanlage Oliver Wiedenmann, „es wird keine Erweiterung geben, da gibt's auch nichts zu veröffentlichen.“

Janson: "Von keinem Bürger sind Einwände geltend gemacht worden"

Bürgermeister Janson verwies zudem auf die Änderung des Flächennutzungsplanes. Dieser Plan habe nach den gesetzlichen Vorgaben im Rathaus ausgelegen. Im Begleittext, so Janson, werden die Ziele der Planung genannt: Darstellung einer Gemeinbedarfsfläche für ein Feuerwehrgerätehaus, Darstellung einer Sonderbaufläche für eine mögliche Erweiterung der Biogasanlage und Darstellung von gewerblichen Bauflächen. „Von keinem Bürger sind Einwände geltend gemacht worden.“ Bei jeder Bauleitplanung werde der Bürger gehört. „Ein Mehr an Transparenz kann wohl kaum geleistet werden.“ Die Stadt erfülle das Öffentlichkeitsbedürfnis korrekt. Die Biogasanlage sei mehrfach in den Sitzungen der Stadträte vorgestellt worden. Außerdem habe es auch Ortsbesichtigungen gegeben.

Bernhard Rapp sprach von „schlechter Luft im Herbst“, im Sommer rieche man nichts, aber über Lärm könne er sich nicht beklagen. Das tat dann Karl-Eugen Harder. Er fühlt sich während der Erntezeit durch Lärm belästigt. Die Lkw, die das Material für die Biogasanlage anliefern, wären zu nächtlicher Stunde unterwegs. Sofort kam Einspruch von Wiedenmann. Er ließe bis 23 Uhr anliefern, danach nicht mehr. Die Laster, von denen Harder spreche, fahren um diese Zeit andere Ziele an.

Janson hatte in seinem Bericht dargestellt, dass eine Bebauung im Bereich nördlich der Burghalde wegen des zu erwartenden Lärmpegels von der Autobahn her nicht zu verwirklichen sei. Gutachter hätten festgestellt, dass Lärmschutz als Wall oder Wand Kosten bis zu einer Million Euro nach sich ziehe. Diese Kosten müssten dann auf die Eigentümer benachbarter Grundstücke umgelegt werden. Hubert Günther denkt, wenn man in diesem Teilbereich der Autobahn das Tempo auf 120 Stundenkilometer herab setzt, wäre das Lärmproblem gelöst. Dass die Riedstraße – ausgewiesen als 30er-Zone – zu einer Rennstrecke geworden ist, veranlasste Anton Schropp zu dem Vorschlag, die Stadt sollte ein Gerät aufstellen, die das gefahrene Tempo anzeigt, das zeige Wirkung.

Dem stimmte der Bürgermeister zu und versprach Abhilfe.